

# Correspondent

Erscheint  
Montag, Donnerstag  
Sonnabend.  
Wöchentlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Dienstag den 7. Juli 1896.

№ 77.

## Bekanntmachung.

Infolge der Versuche von einzelnen Seiten, die zur Kontrolle über den Umfang der Einführung des Tarifs verlangte Unterschrift der Gehilfen als eine PreSSION auf die Mitglieder des Verbandes darzustellen, teilen wir hierdurch mit, daß nach Rücksprache mit den mit der Durchführung des Tarifs betrauten beiden Herren Vorsitzenden des Tarifausschusses ein Druck auf die Kollegenschaft nicht beabsichtigt ist und in Rücksicht auf die innerhalb unsrer Organisation herrschenden Differenzen von einer sofortigen Unterschrift abgesehen wird.

Die seitens der Mitglieder einzunehmende Haltung wird sich durch die Beschlüsse der Generalversammlung ergeben.

Berlin, den 3. Juli 1896.

Der Verbandsvorstand. J. A.: E. Döblin.

## Der Ausfall der Delegiertenwahlen.

Vorbei ist der Wahlkampf und die Ueberflucht seines Ausganges kann beginnen. Er schied die Mitglieder des Verbandes in zwei fast gleiche Teile, ohne doch ein ganz klares Bild über ihre Meinung hinsichtlich der neuen Tarifgemeinschaft zu erbringen; die persönlichen Beziehungen haben es verhindert, daß die Wahlen ein rein sachliches Ergebnis zum zweifellosen Ausdruck brachten.

Sehen wir uns zunächst die Wahltabelle an. Die höchsten der auf beiden Seiten abgegebenen Stimmzahlen sind aufgeführt und gleichzeitig die Namen ihrer Empfänger. An diesem Tableau erkennt man schon in den großen Gauen das Uebergewicht der Gauvorsteher und Gaubeamten — jener eingewohnten Kollegen, die einen „Namen“ im Gau besitzen und mit denen die einzelnen Mitgliedschaften und Mitglieder in ständiger Fühlung stehen, die jeder Kollege, kümmerle er sich sonst um nichts, von den Amtsgeschäften her kennt und gegen die ein „Privatmann“ als Mitbewerber um ein Mandat darum nicht so leicht mit Erfolg ankämpft. Der Vorsprung, den Seitz mit 1012 Stimmen vor dem zweitnächsten bairischen Kandidaten für die Tarifgemeinschaft, Rezhäuser, mit 861, oder dem dritten, Beißwanger, mit 696 Stimmen hat, der Vorsprung Klapproths mit 630 gegen die 528 seines alten Gefinnungsbruders Weber, der Vorsprung Steinbrücks, Schlags, Heißmanns beweisen die propagandistische Wirkung solch leitenden Amtes schlagend. Andererseits kommt auch bei den Kandidaten gegen die Tarifgemeinschaft persönliche Beliebtheit in Betracht, so bei Wenzel, Kirsten, Michaelis, Bethge. Damit ist nicht gesagt, daß ihre Gegner (in einigen Fällen lag eine strenge Gegenüberstellung gar nicht vor) durchaus weniger beliebt seien, aber wenn sich in dem Kandidaten gegen die Tarifgemeinschaft gewisse Vorzüge vereinigen, so kam dies faktisch der Sache ebenso zu gute, wie auf der andern Seite die Autorität der Gauvorsteher der Tarifgemeinschaft vorteilhaft gewesen ist. Im Saalgaau kandidierten Nießschmann wohl mehr für, Bethge u. E. gegen die Tarifgemeinschaft; beide

gleich wertgeschätzte Kollegen; Nießschmann hat noch sein erst kürzlich abgelegtes Amtsansehen für sich, gleichwohl trug Bethge etliche Stimmen mehr davon; gleich so liegt es im Mittelrhein zwischen Haas und Wenzel. Wo nun gar der Tarifgemeinschaftsgegner einen großen Sieg über den Gauvorsteher oder Tarifgemeinschaftler errang, wie im Oberrhein und Osterrhein-Thüringen, da kann man allerdings von entschiedenster Ablehnung der Tarifgemeinschaft reden, desgleichen wo die Gemeinschaftsgegner trotz Gauvorsteherkandidatur, wie in Frankfurt-Hessen, Nordwest und Rheinland-Westfalen, fast gleich viele Stimmen erhalten haben wie ihre Gegenkandidaten. Auch dort, wo den obersten Verbandsbeamten das Mandat ernstlich

Gau	Für z. G.	Gegen z. G.
Bayern . . .	Seitz 1012	Kaufmann 666
Berlin . . .	Raffini 2015	Arndsee 1355
Dresden . . .	Steinbrück 511	Goßs 397
Erzgeb.-B. . .	Stoy 235	Frmscher 150
Frankf.-H. . .	Carl Domine 303	Ernst Domine 247
Hamb.-Alt. . .	?	Andreas 586
Hannover . . .	Klapproth 630	Hartwig 335
Mechl.-Bib. . .	Körner 145	Reisch 59
Mittelrhein . . .	Haas 643	Wenzel 698
Nordwest . . .	Rosenlehner 196	Derin-Gretsch 189
Ostpreußen . . .	Goldschagg 139	Kirsten 248
Ober . . . . .	Katholius 553	Leise 163
Osterrh.-Th. . .	Kühn 303	Michaelis 422
Ostpreußen . . .	Duessel 172	Neumann 102
Rheinl.-B. . . .	Bettenworth 567	Wüller 528
Rheinl.-B. . . .	Hoffmann 62	Sremßk 68
Saale . . . . .	Nießschmann 487	Bethge 509
Schlesien . . .	Schlag 466	Gehner 313
Schlesw.-H. . .	Heißmann 219	Röntg 105
Westpr. . . . .	?	?
Württemberg . .	Knte 827	Hildenbrand 560
Wigl. i. Leipz. .	—	Schäfer 906
		Krepschmar 776
Summa:	9485	9392

streitig gemacht wurde, wie in Erzgebirge-Bogtland, Ober, Ostpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein, kommt das Votum einer Ablehnung der Tarifgemeinschaft gleich; die Stimmen sind einfach in erster Linie der Person, deren Urteil man vertraut, zugefallen, nur der kleinere Teil fällt auf die Anerkennung der Sache.

Einen nennenswerten Sieg hat die Tarifgemeinschaft bloß erzielt in — der Zeitungsstadt Berlin, am Sitz des Zentralvorstandes, wo jedoch 700 Stimmen weniger abgegeben sind als Mitglieder vorhanden, während in den anderen Gauen fast vollzählig gewählt wurde; eine größere Mehrheit fand die Tarifgemeinschaft auch in Württemberg und Bayern und im Gau Hannover. Leipzig lehnte sie vollständig ab, die Kandidaten sowohl der einen wie der andern Liste mußten sich gegen sie verpflichten, um gewählt zu werden, und nur Personenfragen haben hier eine Doppellandidatur verursacht. Hamburg wählte wie wir glauben bloß Gegner der Tarifgemeinschaft, es scheint dort übrigens, wie mehrfach, ohne scharfe Parteilung abgegangen zu sein. Bei Bayern und Württemberg ist noch zu bedenken, daß sowohl besonders Kollege Seitz als auch Schröder nach ihren früheren Erklärungen durchaus keine Tarifgemeinschaftler durch Dick und Dünn sind; das dürfte noch von anderen sozusagen für die Tarifgemeinschaft aufgeführten Delegierten bezw. Gauvorstehern gleich wie von ihren Wählern zutreffen.

Wenden wir das von den einhellig verwerfenden Beschlüssen der Versammlungen anfangs verwöhnte Auge ab zu einer kühlen Abwägung des Wahlausfalls, so kann niemand bestreiten, daß die Tarifgemeinschaft eine zerschmetternde Niederlage erlitten hat. 9382 strikte Gegnerstimmen stehen 9485 Stimmen, die für sie lauten, gegenüber, von denen, wie dargelegt, noch einige tausend gar nicht für die Tarifgemeinschaft zu rechnen sind, sondern dem Kandidaten persönlich gehören und nur durch den künstlich heraufbeschworenen Konflikt mit den Gauvorstehern auf diese Seite gekommen sind. Bravo, ein achtbares Resultat! Zwanzig Jahre lang hörte die Gehilfenschaft von einem Nutzen der Tarifgemeinschaft in allen Tonarten singen und sagen und es waren bis zum Jahr 1891 immer die Gehilfen bemüht, die Prinzipale zur „Befestigung der Tarifgemeinschaft“ heranzuziehen. Die ewige Vergeltlichkeit der Anstrengung, die Prinzipale zur Einführung des Tarifs zu gewinnen, hatte man zwar allgemein erkannt, allein nur an einzelnen Orten, vor allem in der Metropole Leipzig, wo die Gehilfen das typographische Unternehmertum und das, was von ihm zu erwarten ist, an der Quelle studierten, spürten die Gehilfen auch in vollem Umfange den lähmenden Druck der Tarifgemeinschaft. 1891 zog dann die deutsche Gehilfenschaft das Fazit dieser Ära und schloß sie mit einem Male ab. Soeben sind nun die alten Reste des teilweise interessierten Wunderglaubens an die Tarifgemeinschaft wieder aufgelebt und im Vertrauen auf ihre führenden Personen hat ein Teil der Kollegen das Danaergeschenk nochmals acceptiert, getrübt durch die liebe Trägheitsentschuldigung: daß „es ja nicht so schlimm werden würde“.

Nebenbei ist immerhin die Zugkraft der „Vorteile“, die Prämie für die „goldenen Ketten“ — wie Rezhäuser die Tarifgemeinschaft im Jahr 1892 nannte — nicht außer acht zu lassen. Mit der Ablehnung der Gemeinschaft geht auch die halbe Stunde, gehen die 50 Pf. verloren, sagte sich schließlich dieser und jener; viele Wähler haben es nicht bedacht oder nicht geglaubt, daß die Tarifgemeinschaft das Organ ist, die „Vorteile“ auf anderen Wegen wieder zu entziehen und den Gewerbetreibenden so lange als möglich um seine Befähigung zu bringen, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen.

Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß die Gehilfenschaft von der Prinzipalschaft an und für sich in zwei Klassen gegliedert ist: in eine besser bezahlte und in die Minimumlöhner. Eine Anzahl der erstern Kategorie, die es überfiehet, daß durch die Politik der Prinzipale ihre eigne Stellung unterminiert wird, begrüßt das fünfjährige Abkommen als Sicherung ihrer auskömmlichen Kondition, als Schutz der Kassen vor einem Streik. Was führt diese Kollegen zu ihrer kurzfristigen Haltung? Das um sie herum sichtbare soziale Elend, in das sie fürchten durch etwaige zu seiner Beseitigung notwendige Bewegungen gerissen zu werden. Wieder ist es das Gefühl der Abhängigkeit vom Kapitalismus, das einen freien Beschluß verhindert; ein Beweis mehr für die Richtigkeit des Vorgehens der Tarifgemeinschaftsgegner. Auch ließen es sich die Prinzipale nicht umsonst angelegen

sein, systematisch das „konservative Element“ im Verbands zu stärken. Während man die tatkräftigsten Kollegen aus den Verbänden zu drängen keinen Augenblick ausließ, litt oder gebot es gar die Prinzipalschaft, daß manche der 1891 auf ihrer Seite gebliebenen Mitglieder die Mitgliedschaft weiter beharrten. Ein Zweifel über deren Abstimmung kann nicht existieren.

Autoritätsanhängerschaft, verbunden mit dem Umstande, daß viele verstreute Mitglieder von der Opposition nichts erfahren haben, wohl aber die Vorstandsdrukachen erhielten, Unterschätzung der Gefahren der Tarifgemeinschaft, Verlangen nach den „Vorteilen“ des Tarifs, Sorge um die Stellung, direkte Parteigängerschaft mit den Prinzipalen — diese Elemente haben der Tarifgemeinschaft, oder richtiger, den Gewerkschaften, welche infolge des außerhalb der Sache liegenden Zwischenfalles mit der Tarifgemeinschaft identifiziert wurden, die Stimmen gebracht. Daß ihre Anzahl nur eine so winzige Mehrheit darstellt, das ist für die Buchdrucker ein außerordentlich rühmliches Zeichen. In dem geführten Klassenkampfe unter den Proletariern hat das proletarische Bewußtsein einen Triumph gefeiert!

Die Tarifgemeinschaft erholt sich von diesem Schläge nie, sie kann bloß noch wie ein abgestrafter Bösewicht schleichen. Jetzt sind die Massen allarmiert, sie kritisch zu beobachten und nicht mehr wie früher wird ihr glänzender Schein unter dem Schutze der Gleichgültigkeit als echtes Gold sich gebärden können.

Bei einer pure sachlichen Abstimmung wäre das falsche Wesen nach kurzer Diskussion am Boden erdrückt worden. In den Versammlungen, wo auf frischer That seine Nachteile erörtert wurden, ohne daß ihnen Vorzüge gegenübergestellt werden konnten, da hatte es nach wenigen Stunden fast keinen Befürworter, keinen Anhänger mehr. Nachher trugen subjektive Beweggründe den für die Gemeinschaft mehr oder weniger eintretenden Kandidaten die Stimmen ein.

Im Bewußtsein der Schlichtigkeit des Objektes wurde die sachliche Stellungnahme vereitelt, trieb man den das Vortreffliche des Kampfes zu führen verpflichteten Redakteur dieses Blattes in die persönliche Feindschaft. Er durfte sich außer wegen des Status auch deshalb den Gewerkschaften nicht stellen, damit kein lahmender Kompromiß zu Stande kam. Er war darüber im Klaren, daß die gehilfsseitigen obersten Macher der Tarifgemeinschaft nicht zurück konnten. Die Gewerkschaftskonferenz konnte demnach nur den Zweck haben, ihn zu maßregeln oder „breitzuschlagen“. Es würde ihm vielleicht eine Konzession gemacht worden sein, um sein Gewissen bei der fernern Leitung des Corr. dürftig zu beschwichtigen; denn die Auseinandersetzung wurde drüben gefährdet. Gafsch konnte das Gelingen und Wanken in schwebender Pein, in das ihn der Zentralvorstand betreffs der Tendenzen, nach denen der Corr. zu leiten, gebracht, nicht länger fortsetzen. Der Zwiespalt zwischen „Pflicht“ und Gewissen war für die Dauer unentzerrlich. Jetzt, wo der Zentralvorstand seine Ziele in die That umsetzen wollte, mußte vorher die Klärung stattfinden. Um sie nicht entzerrlich zu lassen, mußte Schreiber dieses die Gewerkschaftskörperschaft, unter der ihm mehr als ein Wohlgestimmter saß, durch Fernbleiben vor den Kopf stoßen, sie den parteiischen Darstellungen seiner Gegnerschaft überlassen, und dann, um nicht als Abbittebender zu erscheinen und der Irritation die Spitze abzubringen, konsequenterweise den Kampf gegen diese, dadurch dem Zentralvorstande völlig in die Arme geführte machtvolle Bilanz ohne Ausnahme aufnehmen.

Die Machtstülle der Vorstände, die die Wahlen leiteten, in Verbindung mit den oben aufgezählten Dingen bezieht in etwas die Oberhand über die Freischärlererei. Die Gewerkschaften, welche der Zentralvorstand auf seine Seite zu ziehen verstand, erhielt die weitaus meisten Mandate. Der fünf Jahre lang mit dem Zentralvorstande wegen Wiederbelebung der Tarifgemeinschaft und Einführung der ihr entsprechenden allgemeinen Grundzüge in der Organisation gewährte innere Streit hat einen scheinbaren

Erfolg für den Vorstand gezeitigt. Die Redaktion betrachtete die feinerzeitige Aufhebung der Tarifgemeinschaft für mehr als eine schöne Phrase, für ein Prinzip, eine Ergrüngungssache, erkaufte mit 2 1/2 Mill. Mark, mit Opferung zahlloser Existenzen. Sie mochte nicht durch Stillschweigen die Verantwortung übernehmen für einen über kurz oder lang wieder eintretenden Zusammensturz, der uns alle erschlägt, gegen den der von 1891 ein Kinderpiel. Sie mochte nicht den Widersinn begehen, mit Leuten, die uns vor kaum fünf Jahren wie die Tiger bekämpften, darin seitdem keinen Augenblick erlahmten und nie erlahmen werden, einen Treubund schließen zu wollen. Sodann hält sie wohl ein zeitweises friedliches Nebeneinanderleben mit den Unternehmern für denkbar, nicht aber kann sie die Klassengegensätze ignorieren. Der Zentralvorstand hat diametrale Anschauungen. Unsere Bestrebungen vertrogen eine Verschönerung und Bewerbung um Anhänger in der Öffentlichkeit — der Vorstand machte Propaganden unter den Leitern der Organisation, auszunehmend die mißlichen Verhältnisse, welche die Begründung abgeben mußten für die Hypothese, daß eine freie und starke Gewerkschaftspolitik unangänglich sei.

Ging aus den Wahlen, wie, nachdem sie kandidierten, nicht gut anders zu erwarten, eine Mehrheit von Kollegen als Delegierte hervor, die im Wahlkampfe zufolge der Ablenkung des Streites auf das persönliche Gebiet und den Kompetenzkonflikt als Zentralvorstandsfreunde in die Erscheinung trat, so wird die Generalversammlung nichtdestoweniger nach den wie oben erörterten Stärkeverhältnissen der Gesinnungsparteien ihre Entschlüsse einzurichten haben. Daß sie dann den Gewerksverein auf die Tarifgemeinschaft festlegen kann, das ist auf alle Fälle ausgeschlossen. Müßte doch thatsächlich der Gewerksverein darin verstanden, an ihr zerschellen, weshalb die Prinzipale auch so heiß nach ihr verlangen.

Wie nun auch die Würfel fallen mögen, die Redaktion wird das Opfer ihres Intellekts nicht bringen; dem Gespötte, dem die achtundvierziger Demokraten, als sie im neuen Reich als Nationalliberale umherstolzten, anheimfielen, setzt sie sich nicht aus. Zum Prediger der Harmonie wurden wir vor sieben Jahren nicht bestellt, sondern auf Druck des „linken Flügels“ zur Betonung des Arbeiterstandpunktes. Die Befreiung der Arbeiter vom Joch des Kapitalismus muß nach diesem Programme das Werk der Arbeiter selbst sein. Wie Feuer und Wasser unterscheidet sich diese Anschauung von der gläubigen Aufnahme der Tarifgemeinschaft; das Wohl unserer Kollegen beruht nach deren Satzungen im Vertrauen auf die Einsicht der Prinzipalität. Weil diese Idee aber zugleich der Grabspruch für unsern Gewerksverein als Kämpfer besserer Arbeitszustände ist, darum findet sie unter den Kollegen solch brausenden Widerspruch. Haben nun die Gegner der Vertrauensseligkeit bisher schon der politischen Reaktion den Genuß verdorben, die Buchdrucker bei der Exekution des Koalitionsrechtes als freiwillige Scharfrichtergehilfen verwenden zu können, so werden sie es auch verhindern, daß im Verbands der Buchdruckergehilfen die Prinzipalsanbetung der herrschende Kultus wird.

PS. Bei der Freirevision der vorliegenden Nummer entdeckt der Korrektor des Corr. in der Wahlzettel des Artikels einen Ziffernfehler; Rathusius hat nicht 553, sondern 253 Stimmen erhalten. Die Wählerzahlen waren erst auf der Korrektur, nicht im Manuskript endgültig zusammengezählt worden, nachdem die letzten Resultate eingegangen. Danach lauten die Summen 9185 für, 9382 gegen die Tarifgemeinschaft. Es ist demnach die Gegnerschaft des unnatürlichen Bundes in einer kleinen Mehrheit und der vorstehende Artikel bedarf demnach einiger Korrekturen, die wir nicht mehr vornehmen konnten. Red.

### Zur Diätenfrage.

Kurz vor Tagung unser Verbandsparlamentes, der Generalversammlung, ist es angebracht, etwas für oder gegen zu hohe Diäten zu schreiben. Mehrere General-

versammlungen haben sich schon mit dieser heikeln, die finanzielle Seite der Kollegen berührenden Frage der Erniedrigung der Diäten beschäftigt, sind aber immer wieder, infolge der Einmütigkeit der Delegierten aus den Druckzentren, gescheitert, trotzdem sich Stimmen für Erniedrigung der Diäten aus der Provinz fanden. Wenn den Kollegen aus der Provinz entgegengesehen wird, daß die Großstädter zu hohe Diäten unbedingt haben müßten um auszukommen, so ist doch andererseits zu bedenken, daß die Delegierten aus Großstädten auch nur Buchdrucker sind und daß Provinzdelegierte denselben Anspruch auf das Leben, d. h. das großstädtische Leben, haben wie jene. Einen diesbezüglichen gefunden Beschluß hatte im vorigen Jahre kurz vor der Generalversammlung der Gantag von Rheinland-Pfalzungen zu verzeichnen, indem sämtliche Gantagsdelegierten anerkannten, 8 Mark pro Tag zur Generalversammlung genüge vollkommen, um nach angestrengter Beratungsarbeit einige Stunden der Erholung zu widmen. Was bekommen denn die Gantagsdelegierten: 4 Mk. und wenn die Gantags besser fundiert ist höchstens 5 Mk. Da aber die Gantags bei dem fast durchgängig eingeführten Konditionslorenzschusse Reichthümer nicht erparan können, so wird der Satz von 4 Mk. pro Tag wohl auch durchgängig bleiben. Ist nun die Arbeit der Gantagsdelegierten geringer als die der Generalversammlung? Ich glaube diese Frage kurz mit „nein“ beantworten zu müssen. Sind auch vielleicht einige Punkte weniger auf der Tagesordnung, so ist doch die Dauer eines solchen höchsten zwei Tage, also muß die Arbeit schon eine intensivere sein. Was hier gespart werden kann, das ist gut zu gebrauchen in Zeiten der Not — und die werden bald da sein. Mögen die verschiedenen Mitgliedschaften ihren Delegierten ihren Willen in dieser Begehung kundgeben und diese so verpflichten, den Satz von 10 Mk. fallen zu lassen.

Apolda.

Fr. Klau.

### Korrespondenzen.

R. Guden, 1. Juli. Der am Schluß des in der Beilage der gestrigen Nummer des Corr. enthaltenen Artikels aus Stettin stehenden Resolution stimmen die hiesigen Kollegen voll und ganz zu und sind der Ueberzeugung, daß sämtliche offiziellsten Kollegen ein Gleiches thun würden, wenn über die qu. Resolution eine Abstimmung stattfände. Kein Wunder! Ist es schon für jeden auf dem Boden der reinen Gewerkschaftsorganisation stehenden Kollegen empörend, wenn in den Kollegenversammlungen der einzelne damit prahlt, Sozialdemokrat zu sein — um wie viel empörender muß es die betreffenden Kollegen berühren, wenn ihnen aus jeder Nummer unsern öffentlichen Organs fast der ganze Inhalt rot entgegenleuchtet und deshalb der Corr. ungelassen und unwillig beseitigt werden muß. Mag doch jeder Kollege politisch denken, wie er will, ja, wir ehren es, wenn in politischen Versammlungen jeder Arbeitnehmer seinen politischen Ansichten offen und ehrlich Ausdruck gibt und diese zu begründen und zu behaupten sucht — in unseren Gewerkschaftsversammlungen aber, und erst recht in unsern Organen bleibe man uns hübsch mit politischem Hochmutsdünkel vom Leibe und zwar sehr weit vom Leibe! Herr Gafsch als Redakteur unsern Verbandsorgans muß selbst die Langmut bewundern, von der er bisher getragen wurde, wenn er sich nur den § 1 des Verbandsstatuts ansieht, in dessen erstem Absatz es am Schluß heißt: „mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“. Und das Verbandsstatut zu respektieren ist nicht nur Pflicht aller Mitglieder, sondern an erster Stelle auch die Pflicht desjenigen, der das Verbandsorgan redigiert. (Der Herr R. weiß wahrscheinlich nicht, daß dieselbe Generalversammlung in Stuttgart, die den angezogenen Paragraphen aufnahm, über den zu pflegenden Geist in der Kollegenchaft etwas andres verlangte. Red.)

n. Hannover. Witten in den Streit der Meinungen fiel am Sonntag, 21. Juni, das Jubiläum eines Mannes, dessen Name mit der Geschichte unsrer Organisation eng verknüpft ist. Waren doch an diesem Tage 25 Jahre ins Land gegangen, seit Kollege Georg Klapproth an die Spitze des Gau's Hannover gestellt wurde und während dieser langen Zeit seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt hat. Dieses so seltene Verkommen gab denn auch der hannoverschen Kollegenchaft Veranlassung, dem wackern Kämpfer, dem langjährigen Führer an diesem Ehrentag Ovationen und Geschenke darzubringen. Am Sonntag, vormittags 11 Uhr, hatten sich, trotzdem noch in letzter Stunde die Feier auf eine andre Zeit verlegt wurde, gegen 200 Kollegen in dem festlich geschmückten Saale des Hindener Gesellschaftshauses eingefunden. Die imposante Feier wurde vom Gesangsverein Sängerkreis (König & Ebbardt) mit dem erst vorgetragenen Liede „Gott grüße dich, mein andrer Gruß gleich dem an Innigkeit“ eingeleitet. Dann nahm der zweite Vorsitzende im Gauverbande, Karl Rosenbruch, das Wort zur Begrüßung des Jubilars wie der erschienenen Gäste und sollte in einer packenden, zu Herzen gehenden Ansprache dem Jubilar hohe Anerkennung und Dank für die in den 25 Jahren dem Vereine, speziell dem Gau Hannover geleisteten Dienste, hervorhebend, daß derselbe in dieser langen Zeit wohl manche Kritik hat ertragen müssen und wenn sie diesmal, wo die Wogen der Bewegung mehr als sonst den Verein umtoben, zu herb auftritt, so sei er (Redner) doch der festen Hoffnung, daß



auch diese Zeit zum Wohle des Verbandes ausgenutzt werde. Der Kampf in der Organisation sei so alt wie diese selbst und tüchtige Erfolge seien stets nur durch tüchtige Führer errungen worden. Redner schloß seine erhabene Ansprache mit nochmaligen Dankesworten an den Jubilar und überreichte letztem die vom Gau Hannover gewöhnliche goldene Uhr mit dem Wunsche, daß er dieselbe zum Andenken noch lange tragen möge als Gausvorsitzer des Gau's Hannover. Nachdem das Hoch auf den Jubilar verklingen war, übergab Herr Hartwig im Namen des Sozialvereins Hannover dem Jubilar ein prachtvoll eingerahmtes Bild „Gutenberg“ als Anerkennung für die langjährige Thätigkeit. Sein Hoch galt der Einigkeit der deutschen Buchdrucker. Herr Schweitz überreichte die Grüße des Bezirks Braunschweig und überreichte eine kostbare mit Widmung versehene Wetterfäule. Herr Bergner spendete im Namen des Bezirks Lüneburg einen Tafelaussatz mit Widmung zum Andenken an die vielen Verdienste Klapproth's im Gau und im Gesamtverbande. Kollege Hausmann überreichte die herzlichsten Glückwünsche der Kollegen des Bezirks Hildesheim und knüpfte daran die Hoffnung, daß der Jubilar noch lange in voller Gesundheit und Rüstigkeit im Amte verbleiben möge. Redner brachte, ein wertvolles Schreibzeug mit Widmung überreichend, der Familie Klapproth ein Hoch. Kollege Brüg-Ösnabrück überreichte zum Andenken an die unermüdete Thätigkeit dem Jubilar ein kunstvoll ausgeführtes, in prachtvollen Rahmen gefaßtes Diplom mit sämtlichen Unterschriften der Bezirksmitglieder. Gau-taffierer Weber übergab dem Jubilar im Namen des Verbandsvorstandes einen hübschen, mit Widmung versehenen Pokal und verlas den Wunsch des Spenders, welcher dahin ging, daß der der Organisation treu ergebene Jubilar noch lange wirken möge im Interesse des Verbandes. Weber schloß seine längere Rede ebenfalls mit dem Wunsche, daß Klapproth noch lange in unseren Reihen als Gausvorsitzer wirken möge. Sein Hoch galt dem Verbands-, dem Großhändler Klapproth's, und dessen Familie. Klapproth dankte hierauf sichlich erregt für die vielen Anerkennungen, erklärte jedoch, eine Minute Einigkeit in der Organisation würde er für alle Anerkennungen nicht zu teuer erkaufen haben, und gab ein kurzes Bild seiner Vergangenheit. Er (Redner) habe, so führte er u. a. aus, auch das Leben von Jugend an von der bittersten Seite kennen lernen müssen und sei nicht gleich als Geschäftsführer nach Hannover gekommen. Schon von seinem zehnten Jahr ab habe er in den Fingern Bergwerkes als Bohrarbeiter seinen Unterhalt verdienen müssen und nur die unermüdete Schaffenskraft habe ihn dahin gebracht, wo er heute stehe. Nachdem er die großen Erfolge hervorgehoben, welche die Organisation in den Jahren den Mitgliedern gebracht (Reisekasse, Alphabet-Berechnung, wozu er auch sein gut Teil beigetragen), schloß der Jubilar mit der Widmung zur Einigkeit, denn der böse Feind laueret im Rücken. Sein Hoch galt der Einigkeit und der Stärke des Verbandes. — Nachdem noch manches Lied vom obigen Gesangsvereine, dem sich später auch viele Mitglieder der Liedertafel Typographia angeschlossen hatten, gelungen, verschiedene Loosel auf den Jubilar, Verband und die Einigkeit ausgebracht, wurden die bis dahin eingegangenen Begrüßungsschreiben und Telegramme verlesen und mit Beifall aufgenommen. — Nach kurzer Pause begann in denselben Räumen das Johannisfest, welches ebenfalls aus herrlichster Verlesung. Im Laufe des Tages gingen für den Jubilar folgende Glückwunschschriften ein: Von den Gausvorsitzenden Berlin, Rheinland-Westfalen, Schlesien, Nord-west, Saalgau, Dresden, Westpreußen, Posen, Mecklenburg-Lübeck, Erzgebirge-Bogtland, Bromberg, Orla-land-Thüringen, Oberhessen, Frankfurt-Hessen, außerdem vom Frankfurter Bezirksvorstande, von der Mitgliedschaft Kassel, Bezirk Göttingen, Buchdruckerverein Hamburg-Altona, vom Vorstande der Invalidenklasse I. in Stuttgart, Redner, Arnold-Stuttgart, H. Schmidt, K. Bublitz und Bestred-Berlin, Schulz-Cuzdow, Friedrich Heuß-Frankfurt a. M., Brodmeyer-Ösnabrück, Bobmann-Göttingen und von vielen Kollegen Hannover's, welche am Erscheinen verhindert waren. Fast sämtliche Glückwunschschriften gipfelten in dem Wunsche, daß der Jubilar noch lange weiter wirken möge im Interesse des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

O. K. Leipzig. Mit einer kleinen Mehrheit hat in der außerordentlichen Generalversammlung der Vorstand den Sieg über die ihm wegen seines schwankenden Verhaltens in den Tarifwahlen entstandene Opposition davongetragen. Damit hat das Prinzip der Rechnungsübereinstimmung und des Sich-Gehenslassens im Vereine Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzer-Gehilfen für einen Augenblick die Oberhand gewonnen. Aber welche Umstände und außerordentliche Maßnahmen waren dazu nötig! Es ist Thatsache, daß diejenigen Offizinen, in denen das Kontrakt- und Großklassen-Anwesen floriert, durchgängig fast vollständig vertrieben waren, gegen sonst übliche Abwesenheit. Viele Mitglieder hatten ja naturgemäß ein großes Interesse daran, den jetzigen Vorstand zu erhalten, der sie zwar in den Versammlungen gelegentlich auskannte, aber sonst ihre Individualität nicht antastete. Thatsache ist, daß der Vorstand und sein jetziger Vorsitzender von Gnaden der Kontrakt- und Großklassen-Mitglieder antastet. Die bestiegte „Opposition“ ist indessen guten Wertes. Sie hatte sich in Erwägung der faulen Verhältnisse keinen übertriebenen Hoffnungen hingegeben. In den Vereins-versammlungen dominierten die echten, rechten Verbandsmitglieder, der Stamm der Versammlungen zählt

zur „Opposition“. Die letztere wird nicht erlahmen, sondern bei jeder Gelegenheit ihren Willen zur Geltung bringen. Ein Wermutstropfen ist bereits in den Freudenbecher der „Gemeinigen“ gefallen durch die Annahme des Antrags, den Großklassen-Mitgliedern die Arbeitslosenunterstützung zu verweigern. Ein zweiter Tropfen wird demnächst den Kontrakt-Kollegen den Geschmack verderben. Die „Opposition“ wird in dieser Hinsicht sorgen. Dem Vorstand ist keineswegs wohl zu Mute. Kollege Eichler drückte dies in seiner Antrittsrede aus, indem er sagte, alles zu vergessen — wenn es möglich sei. Aber die Hartnäckigkeit des jetzigen Vorstandes, gegen die wider ihn aufgetretene thätige Minorität zu amirieren, wird ihm nicht zum Heile gereichen.

R. aus Mecklenburg. Die am 21. d. M. nach Wismar einberufene Hauptversammlung des Gau's Mecklenburg-Lübeck beschäftigte sich u. a. mit der neuerdings inszenierten Tarifgemeinschaft und stimmte mit neun gegen sechs Stimmen derselben zu. Dieses Resultat ist auf die unerwartet laue Haltung des größten Teiles der Lübecker Delegierten zurückzuführen. Als Vertreter des Gau's auf der demnächst stattfindenden Generalversammlung wurden die Kollegen Körner-Lübeck bezw. Schuhmacher-Wismar als Bevollmächtigte und Henck-Hoford bezw. Jahrmarkt-Lübeck als Gegner der Tarifgemeinschaft nominiert, welche letztere ihre Bestätigung durch die Wahl fanden. Der bisherige Gausvorstand wurde wiederum in Vorschlag gebracht und durch Urabstimmung in sein Amt eingesetzt. Es wäre aber zu wünschen, daß endlich einmal mit dem jetzigen Systeme der Einteilung der Gaus und deren Verwaltung oder besser Bevormundung durch die Vorstände gebrochen und an ihre Stelle eine andre, mit weniger Unkosten verknüpfte, dem absoluten demokratischen Prinzip mehr entsprechende Einrichtung gesetzt würde. Schon häufiger sind über die Köpfe der Mitglieder hinweg Beschlüsse von einschneidender Bedeutung gefaßt worden, wir erinnern nur an das eigenmächtige Vorgehen der Verbandsfunktionäre in der jüngsten Tariffrage. Getreu diesem Vorbilde verfährt auch unser Gausvorstand. Die Herren vergessen vollständig, wenn anders ihnen nicht jede Logik abhanden gekommen ist, daß sie der Mitglieder wegen und nicht die Mitglieder ihrerwegen da sind. Nicht nur, daß unser Gausvorstand seinen Vorposten ohne jede Direktive von Seiten der Mitglieder des Gau's zu der kürzlich stattgefundenen Gaudirektoren-Konferenz entsandte, allwo man einen modernen actus fidei in Szene setzte, und dieser dort Erklärungen abgab, die mit den Ansichten eines großen Teiles der Mitglieder in Widerspruch stehen, sondern er verfuhr sich jetzt auch auf dem Gebiete der für ihn jedenfalls sehr schlaun Wahlmanöver, indem er auf den Stimmzetteln zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung hinter die Namen der gegen die Tarifgemeinschaft vorgeschlagenen Kandidaten die ominöse Bemerkung „Anhänger Sachs's“ setzen ließ, während er in einem bald darauf von ihm an die Mitglieder entsandten Zirkular, in dem zwei auf der Hauptversammlung angenommene Resolutionen, deren eine das Verhalten Klapproth's in der Tariffrage tadelt, während die andre die jetzige Schreibweise des Redakteurs Sachs mißbilligt, gnädiger Weise „es dem Urteile der Mitglieder überlassen will, welchem Kandidaten sie ihre Stimme geben, was ihnen um so leichter werden wird, als der Gausvorstand in Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse auf die Auffstellung eines Kandidaten aus seiner Mitte verzichtete“. Daß dem flehigen Gausvorstande die Person des Redakteurs Sachs als „politischer Popanz“ gerade gut genug ist, wundert uns nicht und bedarf in jetziger Zeit keines weiteren Kommentars; ihn kommt dabei zu flattern, daß in unserm Gau am wenigsten von einer zielbewußten Kollegenchaft die Rede sein kann und man verliert es ihm auch nicht, wenn er in väterlicher Fürsorge an die jedenfalls für ihn etwas zweideutige Geistesstärke der Mitglieder appelliert. Was nun noch die Berücksichtigung des Gausvorstandes betreffs der Auffstellung eines Kandidaten aus seiner Mitte zur Generalversammlung anbelangt, so brauchte er sich den Mitgliedern gegenüber nicht in den Mantel der Tugend zu hüllen, einmal, weil ihm absolut keine Vorrechte in dieser Beziehung zustehen, und andererseits für ihn im Augenblicke die Trauben doch unerreichbar waren.

## Kandidaten.

Nach der an der Spitze der heutigen Nummer vom Zentralvorstand erlassenen Bekanntmachung ist die „zur Kontrolle“ verlangte Unterschrift des Tarifs keine PreSSION auf die Gehilfen, dann wieder heißt es, von einer sofortigen Unterschrift werde abgesehen. Die Bekanntmachung des Zentralvorstandes ist ein ausgeglichenes Belagstück, wie programmäßig die neue Tarifgemeinschaft mit der Oberherrschaft der Prinzipale einzieht. Die Kontrolle darüber, ob die Gehilfen einen neuen Tarif bezahlet erhielten, übte bisher die Gehilfenorganisation aus; die Prinzipale kontrollierten ihre eigenen Leute — oder kontrollierten sie vielmehr nicht. Jetzt soll der erste Brauch geändert werden. Die Prinzipale sollen die Anerkennung des Tarifs von den Gehilfen ein — was schon genug besagt, wie er beschaffen ist — und es wird außer dem Zentralvorstande kaum jemand geben, der dies nicht als eine PreSSION betrachtet. Zugleich müssen wir jetzt schon, wie die fünfjährige Dauer des Tarifs durch „fortgesetzte Verallgemeinerung“ erzielt werden wird; mancher in mißlichen Verhältnissen lebende

Kollege wird es gelegentlich dem Prinzipal schriftlich ausstellen müssen, daß er den Tarif bezahlet erhält, während davon bei ihm gar keine Rede ist! Jedenfalls müssen sich die Gehilfen berufen, daß die Prinzipale ihre Tarifeinführungswut bis auf die Kontrolle über die Gehilfen ausdehnen, während sie bei ihren Prinzipalkollegen die Kontrolle höchstwahrscheinlich überließen. Wenn nun dem Zentralvorstande von den beiden Vorsitzenden des Tarifausschusses gesagt worden ist, von der sofortigen Unterschrift — die Unterschrift der Gehilfen überhaupt ist zu verwerfen — werde abgesehen, so handhaben die Prinzipale die Gehilfen wesentlich abweichend. Eine vom Vorstande des D. V. B. einschließend des erwähnten Prinzipalvorsitzenden Herrn Wägenstein unterzeichnete, vom 30. Juni datierte Bekanntmachung bestimmt einfach folgendes: „Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß auch die bei ihnen beschäftigten Gehilfen die Anerkennung des Tarifs durch unterschriebene Vollziehung zum Ausdruck zu bringen haben, und bitten sie hierdurch insbesondere, dafür zu sorgen, daß dies allenthalben in der angeordneten Weise geschieht.“ Außerdem erläßt die Leipziger Innung, die ja stets weiß wie es gemacht wird, folgendes Rundschreiben an ihre Mitglieder: „Leipzig, den 3. Juni 1896. An die verehrlichen Mitglieder! Hierdurch bringen wir Ihnen zur Kenntnis, daß bis heute früh 9 Uhr 72 der Innung angehörende Firmen sowie 1477 bei denselben beschäftigte Gehilfen den deutschen Buchdruckerarif vom 1. Juli 1896 unterschrieben anerkannt und 219 Gehilfen die unterschriebene Anerkennung verweigert haben. Es hat somit die überwiegende Mehrheit der in Betracht kommenden Prinzipale und Gehilfen den Tarif anerkannt. Der unterzeichnete Vorstand hat daher beschlossen, sämtlichen Mitgliedern die Einführung des Tarifs für alle Gehilfen zu empfehlen und dem Ermessen eines jeden einzelnen anheimzugeben, welche Maßnahmen zu treffen sind, um bei den Gehilfen den Tarif vollständig zur Anerkennung zu bringen.“ Also für die Verweigerung der Unterschrift die Maßregelung! Ist das noch keine PreSSION?

In Bezug auf die Briefkastennotiz in Nr. 73 teilt uns Kollege Höger in Wien mit, daß er bei seiner vorübergehenden Anwesenheit neulich in Dresden über die deutschen Vorkommnisse mit Kollegen Steinbrück nur auf einem Spaziergange gesprochen hat. Kollege Höger fährt dann fort: „Ihre Bemerkung, daß ich in Berlin „empfindlich“ gemacht worden bin, ist deplaciert, denn ich liebe es, bei meinen Meinungen zu bleiben und mich von niemand befehlen zu lassen, um so weniger dort, wo ich gehen habe, das manches nicht so ist, wie es zu wünschen wäre und im Interesse der Allgemeinheit und der Sozialdemokratie sein soll. Daß es in Oesterreich „ruhiger“ geworden, darin täuschen Sie sich. Nur scheinbar ruhig ist's... Und noch mehr täuschen Sie sich, wenn Sie der Meinung sein sollten, daß ich „Ruhe“ heraufbeschwöre. Ruhe ist bei mir Stillstand und Unstun. Ruhig' mügen die Bourgeois sein. Wenn es Arbeiter sein wollten, so sind diese Ekel oder Lumpen.“ Schlußlich bricht Kollege Höger eine Lanze für den Vorwärts. — Dieser rempelt und in seiner neuesten Nummer mit dem hier in Deutschland jetzt glücklicherweise überlebten Salbadereien an. Wir haben es, wie gesagt, von der jetzigen Redaktion, die ihre tiefen Verbeugungen vor dem Prinzipalstium oft genug gemacht hat, nicht anders erwartet.

Die Magdeburger Volksstimme schreibt zum Wahl-ausschuss: Wenn man bedenkt, daß die Buchdrucker bis jetzt fast ausnahmslos auf dem Standpunkte der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gestanden, wäre es fast ein Wunder, wenn die endliche Auflehnung gegen diesen Zustand mit dem ersten Male durchschlagenden Erfolg gehabt hätte. Die Klassenbewußten Buchdrucker haben keine Ursache, vergagt zu sein: Erst einmal den Anstoß gegeben, wird nicht eher Ruhe werden, bis die scharfe Klarheit über die Interessen der beiden widerstrebenden Faktoren geschaffen ist.

Den Kontrakt hat angemeldet am 16. Juni der Buchdruckerbesitzer Gottlieb Krenzel in Gernsbach.

Der Schriftsetzer Arthur Hugo Götschel in Leipzig wurde wegen in Gemeinschaft mit einem Arbeiter begangenen Diebstahls eines Zweirades zu 10 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust verurteilt.

In Mainz wird ein neu zu errichtendes Volkshaus in der Franziskanerstraße mit dem Namen Gutenbergs-Bad belegt.

## Briefkasten.

H. in Junsbrunn: 3.75 M. — R. in Stuttgart: Einer der ersten; überall gleich, soweit nicht durch die Post direkt. — St. in W.: An den Vorstand wenden. — Nach Nürnberg: Die anonymen Mitteilungen über V.S. Vergangenheit von 1891 können wir nicht bewerten. — Herrn G. Lehmann, Schriftführer des Vereins Berliner Buchdrucker: So lange uns das Wahlergebnis nicht offiziell zugeht, konnten wir daselbe auch nicht veröffentlichen. — H. in Hirschberg: Bei Eingang Ihrer Karte bereits im Druck. — B. in Blauen: Halten es für selbstverständlich, daß Inferent rezogiert.

## Geborben.

In Gotha am 1. Juli der Seher Elias Kaufmann, 23 Jahre alt — Lungentuberkulose.

In Barel i. O. am 23. Juni der Maschinenmeister J. Friedr. Weible aus Gompelshauer, 32 Jahre alt — Lungen- und Kehlkopfentzündung.

